Stand: 16.12.2025 02:18:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12168

"Versprechen gegenüber den Bürgern einhalten - Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlags"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12168 vom 29.06.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13671 des HA vom 14.07.2016
3. Beschluss des Plenums 17/13873 vom 26.10.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.06.2016 Drucksache 17/12168

Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Versprechen gegenüber den Bürgern einhalten – Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlags

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die bisher bekannten Pläne ab, den Solidaritätszuschlag in den Einkommensteuertarif zu integrieren oder mit geänderter Zweckbestimmung weiterzuführen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene

1. für einen vollständigen Wegfall des Solidaritätszuschlags zum 1. Januar 2020 einzusetzen,
2. angesichts von Steuereinnahmerekorden und historisch niedriger Zinsen weiterhin für einen fairen und anreizbasierten Länderfinanzausgleich einzusetzen, der nicht einseitig zu Lasten Bayerns geht.

Begründung:

Der Solidaritätszuschlag wurde nach der Wiedervereinigung als Zuschlagsteuer zugunsten des Bundeshaushalts eingeführt und sollte die besonderen finanziellen Lasten des Bundes für die deutsche Einheit mitfinanzieren.

Nach seiner Einführung betrug der Solidaritätszuschlag 7,5 Prozent der Einkommen-, Kapital- und Körperschaftsteuer. Da er jedoch zunächst nur 6-mal im Jahr erhoben wurde, betrug der effektive jährliche Zuschlag zunächst nur 3,75 Prozent. Am 30. Juni 1992 wurde die Erhebung des Solidaritätszuschlags ausgesetzt und erst 1995 erneut eingeführt. Seither wird er monatlich – zu einem Prozentsatz von 7,5 Prozent auf die Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragsteuer (§ 4 Solidaritätszuschlag – SolzG) – erhoben.

2015 nahm der Bund aus dem sogenannten Soli 15,9 Mrd. Euro ein. Bis 2019 wird laut letzter Steuerschätzung eine Steigerung der Soli-Einnahmen auf 18,3 Mrd. Euro erwartet. Bis 2020 werden sich die Einnahmen wohl auf den Gesamtbetrag von über 325 Mrd. Euro aufaddiert haben.

Mittlerweile übersteigen die Einnahmen aus dem Zuschlag deutlich die Ausgaben der Transferleistungen für die östlichen Bundesländer. Während den Einnahmen des Staates durch den Solidaritätszuschlag 2005 i.H.v. 10,3 Mrd. Euro noch Investitionen in die neuen Bundesländer i.H.v. 16,3 Mrd. Euro gegenüberstanden, standen den Einnahmen im Jahre 2014 i.H.v. 14,9 Mrd. Euro „lediglich“ Investitionen i.H.v. 7,4 Mrd. Euro gegenüber. Für das Jahr 2019 prognostiziert der Bund der Steuerzahler schon ein Verhältnis von 18,3 Mrd. Euro an Einnahmen zu 3,6 Mrd. an Investitionen in den neuen Bundesländern.

Deshalb ist der Zuschlag schon heute – zumindest teilweise – gegenüber den Bürgern in ganz Deutschland nicht mehr zu rechtfertigen. Die besonderen Transferleistungen für die östlichen Bundesländer laufen 2019 aus und auch der Länderfinanzausgleich muss bis 2019 neu geregelt werden. Spätestens dann muss auch der Solidaritätszuschlag auslaufen und ersatzlos entfallen.

Für die Steuerzahler würde eine Weiterführung des Solidaritätszuschlags wie eine Steuererhöhung wirken. Der Solidaritätszuschlag ist als zeitlich befristeter Zuschlag auf die Einkommensteuer eingeführt worden, verbunden mit dem politischen Versprechen, dass der Zuschlag wieder entfällt, wenn der Zweck erfüllt ist. Wenn nun der Zuschlag weitergeführt wird, obwohl das Gegenteil versprochen wurde, dann hat dies den Charakter einer Steuererhöhung.

Der Landtag lehnt die bisher bekannten Pläne ab, den Solidaritätszuschlag in den Einkommensteuertarif zu integrieren oder den Solidaritätszuschlag mit geänderter Zweckbestimmung weiterzuführen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich angesichts von Steuereinnahmerekorden und historisch niedriger Zinsen auf der Bundesebene für einen neuen, fairen und wettbewerblichen Finanzausgleich einzusetzen, der nicht zu Lasten der Steuerzahler geht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 14.07.2016 **Drucksache** 17/**13671**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**12168**

Versprechen gegenüber den Bürgern einhalten - Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlags

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 14. Juli 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.10.2016 **Drucksache** 17/**13873**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**12168**, 17/**13671**

Versprechen gegenüber den Bürgern einhalten – Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlags

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Vereinbarung, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 28 der Anlage. Dies ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Scheuenstuhl, Schmitt-Bussinger und anderer und Fraktion betreffend "Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen" auf Drucksache 17/12340. Dieser Antrag wird in der nächsten Sitzung beraten.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Vereinbarung, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Vereinbarung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zu den Vereinbarungen über die Neuregelungen der Vergütung des durch kirchliches Personal erteilten Religionsunterrichts an Grund- und Mittelschulen sowie an Förderzentren
Drs. 17/12935, 17/13698 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 19. September 2016 (2 BvR 502/16) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen
a) das Endurteil des Oberlandesgerichts München vom 4. Februar 2016 – 1 U 2264/15 –,
b) das Endurteil des Landgerichts München I vom 27. Mai 2015 – 15 O 21894/11 –
PII/G1320.16
Drs. 17/13697 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Förderprogramm flächendeckendes Mobilfunknetz
Drs. 17/11419, 17/13668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Franz Schindler u.a. SPD
Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016
Drs. 17/11821, 17/13702 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum möglichen Engpassmanagement im Stromnetz
zwischen Bayern und Österreich
Drs. 17/11856, 17/13346 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Neue Generation Mobilfunknetze
Drs. 17/11957, 17/13347 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Breitbandförderung transparenter machen
Drs. 17/12030, 17/13345 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in landwirtschaftlichen Anwesen I
Drs. 17/12079, 17/13704 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	A

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in landwirtschaftlichen Anwesen II
Drs. 17/12080, 17/13705 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in bestehenden Anwesen im Außenbereich I
Drs. 17/12081, 17/13344 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Eberhard Rotter, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaffung von Wohnraum in bestehenden Anwesen im Außenbereich II
Drs. 17/12082, 17/13343 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Kinderrechte auch in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen wahren!
Drs. 17/12133, 17/13277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
10.000-Häuser-Programm bürgerfreundlich weiterentwickeln
Drs. 17/12140, 17/13342 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte und Mindeststandards in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen sicherstellen
Drs. 17/12145, 17/13278 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Situation der Kinder und Jugendlichen in den bayerischen Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen
Drs. 17/12146, 17/13279 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kalte Progression abschaffen – Mittlere Einkommen entlasten
Drs. 17/12163, 17/13669 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürokratische Entlastung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durch Wiedereinführung des steuerlichen Freibetrags
Drs. 17/12167, 17/13670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Versprechen gegenüber den Bürgern einhalten – Keine Verlängerung des Solidaritätszuschlags
Drs. 17/12168, 17/13671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entwicklungen im Betrieb und zu Störungen sowie dem Störungsmanagement im Bereich der S-Bahn München und speziell auf der Linie S1 Freising – München-Moosach
Drs. 17/12169, 17/13340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
WLAN-Angebote in Nahverkehrszügen
Drs. 17/12175, 17/13339 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Streit um Satellit des Terminals 2 am Flughafen München
Drs. 17/12180, 17/13672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil I: Freiwillige Moorschutzprogramme endlich auflegen!
Drs. 17/12268, 17/13678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil II:
Informationskampagne zur nachhaltigen Nutzung von Moorflächen starten
Drs. 17/12269, 17/13679 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Moorschutz in Bayern Teil III: Schaffung von Agrarumweltmaßnahmen im
Bereich der Bewirtschaftung von Moorflächen
Drs. 17/12270, 17/13680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

25. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Datenschutz bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und
Gartenbau (SVLFG) gewährleisten – Umsetzung der Empfehlung der Bundes-
beauftragten für den Datenschutz und die Informationssicherheit sicherstellen!
Drs. 17/12271, 17/13689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u.a. SPD
Verzinsung bei Rentenzusatzversicherungen und Versorgungswerken
Drs. 17/12273, 17/13673 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Angelika Schorer u.a. CSU
Ambulante Vorsorgeleistungen als Pflichtleistung der Krankenkassen
Drs. 17/12325, 17/13687 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger u.a. und Fraktion (SPD)
Leidtragende der Hochwasserkatastrophen nicht im Stich lassen – Gleichbehandlung aller Betroffenen umgehend beschließen
Drs. 17/12340, 17/13674 (A)

der Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbericht BioRegio 2020
Drs. 17/12410, 17/13703 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bessere LTE-Netzabdeckung im bayerischen Grenzgebiet
Drs. 17/12446, 17/13338 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kontrolle der Ausgleichs- und Ersatzflächengemäß Bundesnaturschutzgesetz und Bayerischem Naturschutzgesetz
Drs. 17/12563, 17/13681 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Aktualisierung aller Rote Liste-Arten zügig abschließen und Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität ableiten und umsetzen
Drs. 17/12624, 17/13682 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Bericht und Gutachten zu Personalstandards in der stationären Krankenhauspflege
Drs. 17/12715, 17/13699 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus
Drs. 17/12717, 17/13683 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Umbau und Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg
Drs. 17/9854, 17/13675

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erweiterung der Dokumentation Obersalzberg nicht verschleppen
Drs. 17/12342, 17/13676

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.